



FORUM PRIVATHEIT UND SELBSTBESTIMMTES
LEBEN IN DER DIGITALEN WELT

Policy Paper

Forschungsprioritäten



Interdisziplinär ausgerichtete Forschungsprioritäten zum Gegenstandsbereich „Privatheit“

Forum Privatheit und selbstbestimmtes Leben in der digitalen Welt

Das Internet hat sich in den letzten 20 Jahren zu einer universalen, jeden und alles verbindenden, multimedialen Kommunikationsplattform entwickelt, die für Milliarden von Nutzern eine wichtige Rolle in ihrem Leben einnimmt. Das „Internet der Dinge“ lässt die physische und die digitale Welt nahtlos zusammenwachsen. Weltumspannende soziale Netzwerke, alles erfassende und zunehmend intelligenter Suchmaschinen, datenbasierte Geschäftsmodelle, umfassendes Web-Tracking sowie die zunehmende Analyse und Vorhersagbarkeit von Vorlieben und Verhalten (Big Data) haben althergebrachter Konzepte wie „Online Privacy“, „personenbezogene Daten“ und „informationelle Selbstbestimmung“ ins Wanken gebracht.

Wie in der jüngeren Vergangenheit deutlich wurde, greifen diese bis dato bewährten Konzepte angesichts des Strukturwandels der Digitalen Welt nur noch sehr bedingt. Einerseits erweisen sich nicht nur gesellschaftliche und rechtliche Normen und ethische Prinzipien hinsichtlich Privatheit, Transparenz und informationeller Selbstbestimmung z.T. als untauglich; andererseits muss die weitere Entwicklung der Digitalen Welt so gestaltet werden, dass den berechtigten Anforderungen nach Kompatibilität mit den Grundstrukturen und Grundwerten von Demokratie Rechnung getragen wird. Das Wissen und die Vorhersagefähigkeiten, die Dritte in Bezug auf die Bürgerinnen und Bürger erlangen können, ist für letztere derzeit weder transparent noch selbstbestimmt kontrollierbar. Während es folglich offen ist, wie Transparenz und Kontrolle angesichts der globalen Natur des Internets ethisch, juristisch, normativ, pädagogisch, politisch und technisch abgesichert werden könnten und welche wirtschaftlichen Chancen damit verbunden sind, kommt der Technik dabei eine Doppelrolle zu, da sie massiv am Aufkommen des benannten Strukturwandels beteiligt ist und zugleich Potentiale bereitstellen könnte, einen nachhaltigen Schutz auch über Rechtsräume hinweg zu bewirken. Gleichzeitig muss gefragt werden, wie weit technische Lösungen tragen und welche Probleme andere, z.B. politische Antworten verlangen. Diese Reflexion ist auch für eine verantwortliche Technikentwicklung von Bedeutung.

Die Forschungsförderung sollte Projekte motivieren, die Problembereiche in einer Reihe von konkreten Themengebieten untersuchen. Das nachfolgend exemplarisch angerissene Thema zu Schutz und Selbstschutz angesichts digitaler Überwachung betrachtet das Forum Privatheit als prioritär, wie nachfolgend dargelegt.

Schutz und Selbstschutz angesichts digitaler Überwachung

Die Herausforderungen und Möglichkeiten des Schutzes und Selbstschutzes von Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen und anderen Organisationen sowie sozialen Vertraulichkeitsbereichen (z.B. Medizin, Journalismus, Rechtsberatung etc.) angesichts von ubiquitären digitalen Kontroll- und Überwachungsmöglichkeiten stehen im Zentrum von kontrovers geführten Debatten. Dabei steht insbesondere die Verteilung von Schutzverantwortlichkeiten zur Diskussion: Nutzer können die Gefahren beim Einsatz von IKT oftmals nicht direkt wahrnehmen, wohl aber die Schwierigkeiten des praktischen Einsatzes von Schutzmaßnahmen. Jenseits individueller Nutzer scheinen zudem weder staatliche noch ökonomische Instanzen ausreichendes Vertrauen zu genießen, um deren Interessen stellvertretend zu schützen. An diesem Punkt stellt sich zum einen die Frage nach Maßnahmen, die die Bürgerinnen und Bürger individuell befähigen, Chancen und Risiken neuer IKT besser einschätzen zu können (denkbar wäre die Exploration neuer Ansätze, z.B. Gamification). Zum anderen werden neuartige überindividuelle Schutzinstanzen gesucht, an die Kontrollaufgaben der Gewährleistung von Privatheitsgarantien delegiert werden könnten und die das Potential aufweisen, Normverstöße zu sanktionieren (z.B. Professionen, soziale Gruppen, Interessenverbände oder lernende Maschinen). Insbesondere ist die Entstehung zivilgesellschaftlicher Akteure und Strukturen in den Blick zu nehmen, etwa von Gegen-Öffentlichkeiten, die opake Überwachungs-

praktiken transparent machen. Die Frage nach Schutz und Selbstschutz ist nicht zuletzt deshalb dringlich, weil alle Bereiche der Digitalen Welt zumindest perspektivisch von Überwachung betroffen sind und weil sich viele Motive für diese finden. Einige Beispiele:

- Nachrichtendienste beobachten umfassend und anlasslos Internetnutzer durch massenweise direkte Aufzeichnung und Analysieren des Internetverkehrs. Technische Schutzmaßnahmen werden gezielt umgangen oder korrumpiert. Insbesondere aufgrund der Aktivitäten von NSA und GCHQ hat sich seit Juli 2013 für viele Bürgerinnen und Bürger, aber auch für viele Unternehmen, das Internet von einem „nahezu anonymen Raum“ in einen „vollständig überwachten Raum“ verwandelt, mit bislang noch nicht überschaubaren Konsequenzen für die Nutzung und damit für den sozialen und wirtschaftlichen Wert dieses Raums.
- Betreiber von Online-Werbenetzwerken beobachten Internetnutzer mittels Web-Tracking und versuchen mittels Big-Data-Analyse die Interessen und damit den Werbewert der Nutzer vorherzusagen. Betreiber von Online Social Networks und Suchmaschinen erzeugen detaillierte Nutzer- und Nutzungsprofile, einerseits wiederum als Grundlage für ihre Werbeeinnahmen, andererseits aber auch als Grundlage für ihren eigentlichen Geschäftszweck (Optimierung von Suchergebnissen, Interessensempfehlungen, Verknüpfung von Menschen mit ähnlichen Interessen).
- In der Zukunft können Betreiber von „Smart Factories“ in der Industrie 4.0 detailliert beobachten, wie effizient und effektiv einzelne Mitarbeiter einzelne Maschinen bedienen, einerseits zur Leistungs- und Qualitätskontrolle, andererseits als Grundlage für gezieltes Training, optimierte Arbeitsabläufe und zur Gefahrenvermeidung. Betreiber von Leihmaschinen (einem schon heute häufigen Geschäftsmodell in der Industrie) können detailliert beobachten, wie genau ihre Maschinen genutzt werden, woraus sich einerseits die Möglichkeit von „predictive maintenance“ und allgemeiner Optimierungen ergibt, andererseits aber auch sehr genaue Rückschlüsse auf das Herstellungs- und Geschäftswissen des Maschinennutzers gewinnen lassen.
- In der Zukunft werden „Smart Cars“ das Fahrverhalten detailliert aufzeichnen und möglicherweise ebenso detailliert an Dritte melden. Einerseits erlaubt es die Optimierung von Verkehrsplanung, vom Straßenbau bis hin zur aktuellen Verkehrslenkung. Andererseits entstehen neue Risiken ähnlich zur Vorratsdatenspeicherung und Möglichkeiten zur Preisdiskriminierung, von Versicherungen bis hin zu Service- und Treibstoffkosten.

Forschungsfragen sind beispielsweise:

- Welche technischen, rechtlichen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen usw. Möglichkeiten gibt es, Bürger und Unternehmen gegen (Massen-)Überwachung zu schützen?
- Welchen Einfluss hat digitale Überwachung auf Bürger und deren Kommunikation in Online- und Offline-Kontexten? Gibt es einen Wahrnehmungswechsel des Internets, der sich in beobachtbaren Verhaltensänderungen durch Bürger und wirtschaftliche Akteure niederschlägt? Sollte auf einen (anderen) Wahrnehmungswechsel hingearbeitet werden? Inwiefern ist dies durch Technik bzw. Technikgestaltung möglich?
- Wie könnten sich für Bürgerinnen und Bürger Kontroll- und Vertrauensstrukturen in die IKT und ihre Akteure (wieder)herstellen? Wie gelangt man zu nationalen oder transnationalen Vertrauensinfrastrukturen? Welche zivilgesellschaftlichen Instanzen und Strukturen (Verbände, Parteien, Behörden) bilden sich faktisch aus und könnten effektive Kontrolle und Vertrauensschutz gewährleisten? Welche Rolle spielt diesbezüglich ein „institutionalisiertes Misstrauen“, das sich über demokratisch kontrollierte Institutionen und Verfahren Ausdruck verschafft? Welche technischen, sozialen und rechtlichen Bedingungen braucht eine Techniknutzung, die diesen Anforderungen gerecht wird?

- Ist Selbstschutz eine Ermächtigung für die Bürgerinnen und Bürger – die so weit gehen kann, sich sogar gegen den eigenen Staat zu wehren? Oder ist Selbstschutz vielmehr eine Zumutung, sich mit komplexen technischen Sachverhalten auseinanderzusetzen und Ressourcen zu investieren – für den Schutz von Grundwerten, die eigentlich durch andere (Staaten, Dienstleister, soziale Aushandlungsprozesse) gesichert werden sollte? Wie kann diese Problematik in der Technikentwicklung reflektiert werden?
- Wie verändern sich Ansprüche auf Transparenz und Selbstbestimmung in verschiedenen Kontexten der Digitalen Welt, etwa Internetkommunikation, Smart Home, Smart Car, Industrie 4.0? Welche Ansprüche sind diesen Kontexten angemessen und wie lassen sich diese realisieren, ohne demokratische Aushandlungsprozesse vorwegzunehmen oder zu unterlaufen?
- Sind Maßnahmen, die Bürgerinnen und Bürger befähigen, die Chancen und Risiken neuer IKT besser beurteilen zu können, eher durch Delegation der Bewertungen zu lösen oder durch eine bessere Vermittlung der Hintergründe und Kontexte (z.B. der benutzten Infrastruktur und deren Implikationen, Datenschutzfolgeabschätzung), welche eine informierte Entscheidung ermöglichen? Unter welchen Bedingungen können Entscheidungen in Bezug auf die eigene Privatheit delegiert werden?

Erwünscht sind Forschungen, die sich der formulierten Fragen annehmen bzw. eigenständig zum Themenkomplex gehörige Forschungsfragen formulieren. Gefördert werden sollten vorzugsweise interdisziplinäre, kooperative und Einzelthemen übergreifende Vorhaben. Interdisziplinarität erstreckt sich auf die Zusammenarbeit von Geistes- und Gesellschafts- und Wirtschaftswissenschaften mit ingenieur- und technikwissenschaftlichen Disziplinen im Verbund mit Akteuren aus institutionellen Anwendungsbereichen. Dementsprechend sollen neben technischen und organisatorischen Lösungen auch geeignete Geschäfts- bzw. Finanzierungsmodelle und Einführungsstrategien angestrebt werden.

Forum Privatheit, Sommer 2014



GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

PROJEKTPARTNER



Natur **U N I K A S S E L**
Technik
Kultur **V E R S I T Ä T**
Gesellschaft

provet

Projektgruppe verfassungsverträgliche Technikgestaltung

UNIVERSITÄT HOHENHEIM
LEHRSTUHL FÜR MEDIENPSYCHOLOGIE



EBERHARD KARLS
UNIVERSITÄT
TÜBINGEN



INTERNATIONALES ZENTRUM
FÜR ETHIK IN
DEN WISSENSCHAFTEN



LUDWIG-
MAXIMILIANS-
UNIVERSITÄT
MÜNCHEN

ULD
Unabhängiges Landeszentrum für
Datenschutz Schleswig-Holstein